



Migrationszahlen steigen - Kommunen endlich unterstützen

Immer mehr Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und politischer Verfolgung. Doch die Aufnahmekapazitäten stoßen an ihre Grenzen. vielerorts sind sie sogar überschritten, wie die Hilferufe aus den Kommunen und den Bundesländern zeigen. Auf einem Gipfeltreffen hat die CDU/CSU-Fraktion mit Kommunal- und Landespolitikern aus der ganzen Republik über die Problematik gesprochen.

Der Einladung zum Kommunalgipfel über die Asyl- und Flüchtlingspolitik, die der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz ausgesprochen hatte, waren über 400 Vertreter aus Städten, Gemeinden und Ländern gefolgt, darunter Bürgermeister, Landräte und Landesinnenminister. Am „offenen Mikrofon“ schilderten diese die Lage vor Ort. Dort mangelt es nicht nur an kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten und langfristig nutzbarem Wohnraum, sondern auch an Schulen und Kindergärten. Friedrich Merz versprach den Anwesenden, die CDU/CSU-Fraktion wolle „zuhören und gemeinsam mit Ihnen nach Lösungen suchen“. Man werde sich auch zusammen mit der Bundesregierung um Abhilfe bemühen. Denn die steigende Zahl der Migrantinnen bringe das Land „an die Grenzen dessen, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren“.

Seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges haben über eine Million Menschen aus der Ukraine in Deutschland Aufnahme gefunden. Ihnen Schutz und Hilfe zu gewähren, ist für die Union eine Selbstverständlichkeit. Friedrich Merz dankte den Bürgerinnen und Bürgern für die Aufnahme der Ukrainer, für Betreuung und Fürsorge. „Das ist ein großartiges Zeichen der Hilfsbereitschaft“, betonte er.

Der Fraktionsvorsitzende wies darauf hin, dass im vergangenen Jahr zusätzlich rund 244.000 Asylanträge gestellt wurden. Monatlich sind es derzeit 30.000, was aufs Jahr hochgerechnet weit über 300.000 bedeuten würde. Auch zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zur Genfer Flüchtlingskonvention bekennt sich die Unionsfraktion. Doch es gilt zu beachten, dass die Infrastruktur Deutschlands nur auf rund 80 Millionen Menschen ausgelegt ist und nicht auf 84 Millionen – die höchste Einwohnerzahl, die das Statistische Bundesamt je gemessen hat.

Die CDU/CSU-Fraktion tritt für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Das gleichnamige [Positionspapier](#) wurde auf dem Kommunalgipfel vorgestellt. Darin plädiert die Union einerseits für die Begrenzung der irregulären Migration, andererseits für die Trennung von Asylverfahren und Arbeitsmigration. Von der Koalition erwartet die CDU/CSU, dass sie keine Anreize für eine zusätzliche Migration nach Europa setzt. Staaten, aus denen nur wenige Asylbewerber kommen, sollen als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, was Verfahrenserleichterungen mit sich bringt. Wichtig ist der CDU/CSU-Fraktion, dass Menschen ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Einen entsprechenden Antrag brachte die Unionsfraktion in dieser Woche in den Bundestag ein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



vor über einem Jahr hat der Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen, seit einem Jahr redet Kanzler Scholz und seine Ampel-Koalition von Zeitenwende, bleibt aber Antworten und Taten schuldig. In einem Antrag für den Bundestag fordert die CDU/CSU-Fraktion deshalb eine Nationale Sicherheitsstrategie. Die Strategie soll Deutschlands Rolle in Europa und in der NATO festlegen, sein Verhältnis zu Staaten wie Russland und China bestimmen. Sie soll beschreiben, wofür Deutschland Eintritt: für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und eine internationale Ordnung, die auf Regeln basiert. Die Zeitenwende erfordert die Erfüllung unserer NATO-Bündnisverpflichtungen und modern ausgestattete Streitkräfte, die in der Lage sind, den Schutz unseres Landes sicherzustellen. Im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie ist darum ein Bekenntnis zum NATO 2-Prozent-Ziel als finanzielle Untergrenze notwendig. Die Ampel-Koalition muss nach der Kürzung des Verteidigungshaushalts im Jahr 2023 um 300 Mio. Euro nun nach der rhetorischen auch eine tatsächliche Zeitenwende einleiten.

Damit die Strategie umgesetzt werden kann, brauchen wir außerdem zur Steuerung einen Nationalen Sicherheitsrat. Die CDU/CSU-Fraktion ist klar dafür, ihn im Kanzleramt anzusiedeln. In normalen Zeiten sollte der Sicherheitsrat die Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren. Er sollte ständig ein Lagebild der inneren und äußeren Sicherheit unter Beteiligung der Länder liefern, sowie in Krisenlagen die operative Steuerung der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen. Es ist unverständlich, dass die Bundesregierung den Weg zu einer besser verzahnten und koordinierten Außen- und Sicherheitspolitik mit den Ländern, die z.B. für den Katastrophenschutz und die Cyberabwehr zuständig sind, nicht weiterzuverfolgen scheint. Denn nur eine Sicherheitsstrategie aus einem Guss unter Einbeziehung der Länder bringt uns wirkliche Verbesserungen.

Herzliche Grüße aus Berlin!
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



Die Ampel muss den Vermittlungsausschuss anrufen

Keine weiteren Verfahrenstricks beim Hinweisgeberschutz

Der Bundesrat hat es aufgrund der kurzen Frist abgelehnt, am morgigen Freitag über die Hinweisgeberschutzgesetze zu beraten. Daraufhin hat die Koalition das Thema von der Tagesordnung des Bundestages genommen. Dazu erklären der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Krings, und der zuständige Berichterstatter Martin Plum:



Günter Krings: „Die Ampel schlägt beim Thema Hinweisgeberschutz eine Volte nach der anderen. Statt eine EU-Richtlinie einfach in deutsches Recht umzusetzen, taktiert sie endlos. Die Zeit für Tricks ist aber jetzt vorbei. Die Ampel muss die berechtigten Bedenken der Länder endlich ernst nehmen und den Weg einschlagen, den das Grundgesetz bei Unstimmigkeiten zwischen Bund und Ländern vorsieht: Sie muss den Vermittlungsausschuss anrufen. Das ist zugleich eine neue Chance für einen Hinweisgeberschutz mit Vernunft und Augenmaß. Mit ihrer Kompromisslosigkeit ist die Ampel ein großes Risiko eingegangen: Strafzahlungen an die EU wegen verspäteter Umsetzung sind nur noch eine Frage der Zeit.“

Martin Plum: „Die Chaos-Tage der Ampel gehen weiter. Wenige Stunden vor der abschließenden Beratung beendet sie ihre Verfahrenstrickereien beim Hinweisgeberschutz. Die Ampel muss jetzt schnell auf den festen Boden unseres Grundgesetzes zurückkehren. Die Verzögerungen gehen auf Kosten eines rechtssicheren Hinweisgeberschutzes. Die Zehne zahlen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Hätte die Ampel frühzeitig den Vermittlungsausschuss angerufen, wäre es nie zu einem Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland gekommen. Die verzögerte Umsetzung wird den Bundeshaushalt jeden Tag einen fünfstelligen Betrag kosten.“

Fotos: Tobias Koch/Gebhard Bücker

Ampel in tiefer Regierungskrise

Die CDU/CSU-Fraktion ist entsetzt über den Mangel an Handlungsfähigkeit und Kompetenz der Bundesregierung. In einer aktuellen Stunde des Bundestags bescheinigte die Union der Ampel „eine tiefe Regierungskrise“. Unionsfraktionsvize Jens Spahn warf der Koalition „Politik im Stil einer Schulhofrauferei“ vor. Es gelinge ihr nicht, ihre inneren Konflikte zu lösen.

Die Unionsfraktion hatte die aktuelle Stunde beantragt, nachdem der Koalitionsausschuss drei Tage gebraucht hatte, um sich über die politische Linie in vielen entscheidenden Politikfeldern zu verständigen. Die CDU/CSU verglich das Verhältnis der drei Koalitionsparteien zueinander mit einer kriselnden Beziehung: Die Partner hielten es nicht mehr miteinander aus, könnten aber auch nicht voneinander lassen. Der 30-stündige Koalitionsausschuss sei ein „Therapie-Marathon“ gewesen und das dürre Papier, das er am Ende vorgelegt hat, nicht mehr als ein „Therapie-Protokoll“.

Was fehle in diesem „Murks auf 16 Seiten“ seien beispielsweise eine Einigung auf die geplante Kindergrundsicherung sowie Aussagen zum Haushalt 2024. Der Beschluss der Eckwerte wurde wegen überzogener Ausgabenwünsche und mangelnder Prioritäten bereits vor Wochen von der Tagesordnung des Kabinetts genommen. Jens Spahn kritisierte, dass die Koalitionspartner das Ergebnis jeweils auf unterschiedliche Weise interpretierten. In wichtigen Fragen wie der Heizungsmodernisierung würden die Bürger im Unklaren gelassen. „Vorhang zu und alle Fragen offen“, sagte Spahn.

Die meisten der 30 Regierungsvorhaben, die seit Längerem durch internen Streit blockiert sind, liegen weiterhin auf Eis. Auch im Parlament legt die Ampel kaum Gesetzentwürfe vor. Das ist aus Sicht der Unionsfraktion reine Arbeitsverweigerung. Spahn betonte: „Die einzigen, die hier Inhalte bringen, ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2023,
31. März 2023

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck